

V-19 Verlässliche Bundesförderpolitik für eine starke und plurale Zivilgesellschaft!

Antragsteller*in: Sebastian Walter u.a. (KV Tempelhof-Schöneberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Weitere Anträge

1 Verlässliche Bundesförderpolitik für eine starke und plurale Zivilgesellschaft!

2 Unser demokratisches Zusammenleben funktioniert nicht ohne eine starke Zivilgesellschaft,
3 die sich aktiv für Demokratie einsetzt und engagiert den Kampf gegen Antisemitismus,
4 Rassismus, Antifeminismus und alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit führt.
5 Dieses Engagement wird maßgeblich von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Projekten
6 betrieben, die sich gegen Rechte Gewalt und für die gleichberechtigte Teilhabe aller
7 Menschen am gesellschaftlichen Leben einsetzen. Und das oftmals unter erschwerten
8 Rahmenbedingungen, mit limitierter finanzieller Ausstattung und unter großem persönlichem
9 Einsatz. Und immer häufiger sind sie massiven Attacken und Einschüchterungsversuchen vom
10 Rechten Rand ausgesetzt.

11 Es ist die Aufgabe der Politik – egal ob auf Landes- oder Bundesebene – diesen Einsatz zu
12 würdigen, abzusichern und auf eine solide und verlässliche Grundlage zu stellen. In Berlin
13 übernehmen wir dazu mit dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
14 Antisemitismus“, mit der „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ und vielen
15 weiteren Maßnahmen Verantwortung, die durch unseren grünen Antidiskriminierungssenator und
16 durch unsere Parlamentsinitiativen kontinuierlich weiterentwickelt und gestärkt wurden und
17 werden.

18 Komplementär dazu hat auf Bundesebene das Förderprogramm „Demokratie Leben“ in den
19 vergangenen Jahren einen essentiellen Beitrag dabei geleistet, diese zivilgesellschaftlichen
20 Strukturen zu unterstützen. Umso unverständlicher ist der aktuelle Kurswechsel des
21 Bundesfamilienministeriums unter Bundesministerin Giffey. Denn durch diesen droht eine
22 Rückabwicklung der Strukturen, die in den letzten Jahren mühevoll aufgebaut und gestärkt
23 wurden. Organisationen und Einrichtungen werden massiv geschwächt und zum Teil sogar
24 zerschlagen.

25 Von dieser Entwicklung sind auch viele erfolgreiche Träger mit Sitz in Berlin betroffen:
26 Beispielsweise Amaro Foro, TransInterQueer (TrIQ), das Frauenforschungs-, -bildungs, und -
27 informationszentrum (FFBIZ), die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und
28 Demokratie Berlin (RAA Berlin), Each One Teach One, das Violence Prevention Network, Ufuq,
29 die Fachstelle Kinderwelten/ISTA, das Kompetenzzentrum Prävention & Empowerment der
30 Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Amaro Drom, die Register- und
31 Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus
32 (KIgA), die Amadeu-Antonio-Stiftung, RomaniPhen, die Initiative Schwarze Menschen in
33 Deutschland (ISD), Citizens for Europe und viele weitere Projekte mehr.

34 Das Vorgehen der Bundesfamilienministerin hat das Vertrauen zivilgesellschaftlicher
35 Akteur*innen – gerade auch derjenigen, die sich in der Fläche und in für sie gefährlichen
36 Kontexten für das demokratische Gemeinwesen einsetzen – nachhaltig erschüttert. Die, in
37 Reaktion auf öffentlichen Druck vorgenommene, teilweise Rücknahme der Mittelkürzungen bei

38 „Demokratie Leben“ reicht bei weitem nicht aus, um den angerichteten Schaden zu beheben. Wir
39 fordern die rasche Umsetzung folgender Punkte:

- 40 • die dauerhafte Aufstockung der Mittel auf mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr
- 41 • die vorläufige Rückkehr zu den alten Förderrichtlinien, mit denen die
42 zivilgesellschaftlichen Projekte im Mittelpunkt stehen
- 43 • die Rücknahme der schwerpunktmäßigen Verlagerung auf die Kommunen

44 Diese Maßnahmen können aber nur ein erster Schritt sein. Zur strukturellen Unterstützung und
45 dauerhaften Absicherung des zivilgesellschaftlichen Engagements über den Bundeshaushalt –
46 unabhängig von politischen Mehrheiten und ohne bürokratischen Mehraufwand – braucht es
47 endlich eine rechtliche Grundlage. Die andauernden Ankündigungen von Giffey, ein
48 „Demokratiefördergesetz“ einzuführen, stellen sich als haltlose Versprechen heraus.

49 Wir fordern daher, dass der Berliner Senat gemeinsam mit anderen Bundesländern eine
50 Bundesratsinitiative für dieses Gesetz selbst auf den Weg bringt. Dieses soll nicht nur eine
51 rechtliche Grundlage für die dauerhafte Förderung entsprechender Einrichtungen regeln,
52 sondern auch den Rahmen für die inhaltlichen Schwerpunkte legen.

53 Darin müssen sich programmatisch Projekte gegen Rechts, gegen Antisemitismus, gegen
54 Rassismus und alle weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – im besten
55 Fall in einer merkmalsübergreifenden, intersektionalen Perspektive – genauso wiederfinden
56 wie die Förderung von Maßnahmen, die bislang unterschätzte Phänomene wie Reichsbürger,
57 Klassismus und die Abwertung erwerbsloser Menschen oder Hass im Netz, in den Blick nehmen.

58 Ein weiterer Schwerpunkt muss auf Projekten liegen, die sich für die gleichberechtigte
59 Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben einsetzen. Hierfür ist die Stärkung der
60 Arbeit von migrantischen Selbstorganisationen und neuen deutschen Organisationen zwingend
61 notwendig. Dazu gehört das communitybasierte Empowerment derjenigen Gruppen, die von
62 Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen, von Antisemitismus, LSBTIQ-
63 Feindlichkeit, Antifeminismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
64 betroffen sind.

65 Notwendig ist auch eine Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Dialog und
66 auf Augenhöhe. Top-Down-Strukturen lehnen wir ab. Wir fordern eine Fördersystematik, die
67 längerfristige Strukturförderungen ebenso ermöglicht wie die Finanzierung von neuen
68 Ansätzen. Wir brauchen stabile zivilgesellschaftliche Netze ebenso wie die Möglichkeit,
69 Organisationen zu unterstützen, die auf neue Bedrohungen reagieren und neue Wege gehen.

70 Nach der rechtsextremistischen Terrorat in Halle konzentrieren sich die Debatten vor allem
71 auf sicherheitspolitische Aspekte. Dies ist unzureichend. Unsere Antwort auf Halle ist:

72 Es braucht mehr Solidarität, mehr Engagement, mehr Präventions- und Bildungsarbeit, mehr
73 Empowerment – es braucht mehr Zivilgesellschaft! Nur so können wir die plurale Demokratie
74 ausbauen und verteidigen!

Begründung

Weitere Antragsteller*innen: Susanna Kahlefeld (KV Neukölln), Philmon Ghirmai (KV Neukölln), Bettina Jarasch (KV Pankow), Antje Kapek (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Silke Gebel (KV Mitte), Dirk Behrendt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Canan Bayram (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Anja Kofbinger (KV Neukölln), June Tomiak (KV Kreisfrei), Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Fatoş Topaç (KV Kreisfrei), Svenja Borgschulte (KV Pankow), Anna Hoppenau (KV Neukölln), André Schulze (KV Neukölln), Maria Meisterernst (KV Kreisfrei), Ulli Reichardt (KV Kreisfrei), Santina Wey (KV Tempelhof-Schöneberg), Taylan Kurt (KV Mitte), Stefanie Klank (KV Kreisfrei), Julie Steinen (KV Tempelhof-Schöneberg), André Stephan (KV Tempelhof-Schöneberg), Ario Mirzaie (KV Mitte), Heike Gleißner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Lara Liese (KV Mitte), Johannes Mihram (KV Mitte), Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Annka Esser (KV Tempelhof-Schöneberg), Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Jana Brix (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Henrik Rubner (KV Mitte), Jan Fähmann (KV Kreisfrei), Sebastian Weise (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Christine Gaszcyk (KV Tempelhof-Schöneberg), Nina Freund (KV Tempelhof-Schöneberg), Ina Rosenthal (KV Kreisfrei), Vivian Weitzl (KV Neukölln), Daniela Ehlers (KV Lichtenberg), Paul Meyer-Dunker (KV Lichtenberg), Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tatjana Meyer (KV Kreisfrei)